

„Der Bund blickt falsch auf die Städte“

**Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen
Städtetages, über falsche
Finanzierungskonzepte
und die richtige
Kooperation zwischen
Bund und Ländern**

Herr Dedy, die Halbzeitbilanz der Koalition wird sich auch mit dem Satz im Koalitionsvertrag beschärfen: „Wer eine Leistung verankert, muss für ihre Finanzierung aufkommen.“ Hat sich die Koalition daran gehalten?

Das ist ein kluger Satz, weil er zwischen Bund und Kommunen einen politischen Grundsatz festschreibt, den es rechtlich noch nicht gibt: Wer bestellt, der bezahlt. Das ist ein finanzpolitisches Bekenntnis: Wir tun nur das, was wir als Bund auch bezahlen können. Das haben wir als Städtetag begrüßt. Ob der Satz aber seine Bewährungsprobe besteht, da bin ich skeptisch.

Warum?

Es gibt seit Beginn dieser Legislaturperiode mindestens zwei Beispiele dafür, dass es aus Sicht der Städte nicht so funktioniert, wie es sollte: den geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder und das Angehörigen-Entlassungsgesetz. In beiden Fällen stellen wir Mängel bei der Finanzierung fest.

Alles Gesetze, die auf große Zustimmung stoßen.

Ja, das sind sinnvolle Ziele. Das Entlassungsgesetz ist richtig und wichtig, weil es Kinder in der Pflege ihrer Eltern entlastet und Eltern bei der Pflege von Kindern. Es gibt wenige Themen, sagen uns die Oberbürgermeister, die die Menschen zurzeit mehr bewegen als die Pflege. Das Problem für die Kommunen ist aber, dass ihnen das Gesetz nicht mehr in allen Fällen erlaubt, sich das Geld, das sie für die Pflege vorstrecken, bei den Angehörigen wie bisher wieder zurückzuholen. Da gibt es künftig eine Einkommensgrenze von 100.000 Euro. Wer weniger Einkommen hat, von dem kann das Sozialamt die Kosten nicht mehr zurückfordern.

Was kostet das die Kommunen?

Der Bund sagt 300 Millionen Euro jährlich, wir sagen 500 Millionen Euro. Und der Bund hat keinerlei Kostenausgleich im Gesetz vorgesehen.

Wie kommt es zu dem Unterschied?

Wir schauen uns an, was die Kommunen bislang von den Angehörigen zurückbe-

missionen, die wir hatten, standen sich Bund und Länder selbstbewusst gegenüber und wollten ihr Handeln wieder klarer voneinander abgrenzen. In der Praxis funktioniert es aber anders. Die Themensetzung und Initiativen gehen sehr stark vom Bund aus. Der Bundestag will natürlich gestalten, jedes Parlament will das. Die Koalitionsverträge werden immer konkreter. Die Länder schauen sich das an und wissen ganz genau, wo sie nur abwarten müssen. Um auf die Ganztagsbetreuung zurückzukommen: Wer die Sache in den Ländern an sich gezogen hätte, wäre verrückt gewesen. Er wusste durch die bundespolitische Diskussion der vergangenen Jahre doch, dass der Bund es machen wollte und auch etwas dafür bezahlen würde.

Das stiftet nur gelegentlich an die Grenzen der Verfassung, wo Bund und Ländern immer noch klare Kompetenzen zugeordnet werden.

Aber am „Digitalpakt“ lässt sich sehen: Dann wird die Verfassung angepöbelt, weil die Aufgabenteilung so lupenrein in der

Praxis nicht funktioniert. Denn ohne den Bund kämen die Länder bei gesamtgesellschaftlichen Aufgaben nicht so voran, wie sie wollen und sollen.

Fördert aber nicht genau dieses Denken nach Opportunität das Hin- und-Herwörteln von finanzpolitischer Verantwortung?

Immer wieder ein neuer temporärer Fördertopf, das funktioniert nicht. So denkt aber die Bundespolitik. Der Bund hat einen falschen Blick auf die Städte. Dort gibt es niedrigschwellige, stadtteilbezogene Sozialpolitik. Da geht es um Franchäusen, um Pflegeberatung für ältere Menschen oder den Zugang zu bildungsfernen Eltern, um deren Kindern zu helfen. Diese Sozialpolitik muss immer gemacht werden, nicht nur dann, wenn es gerade Fördermittel gibt. Es muss dafür eine langfristige Grundfinanzierung geben, nicht eine kurzzeitige Finanzierung, die mal da, mal dort greift. Die Grundfinanzierung stellt man aber nur über Steueranteile oder Zuweisungen in den Finanzhaushalten sicher.

Wie müsste die Grundfinanzierung verändert werden, um diesen Kreislauf zu durchbrechen?

Eine bessere Grundfinanzierung ist eine berechtigige Forderung, weil die Städte ihre Abhängigkeit von den Fördertöpfen verlieren würden. Aber daran etwas zu ändern liegt nicht im Bundesinteresse. Der Bund möchte sein Initiativrecht behalten, und durch Fördertöpfe kommt er relativ preiswert weg.

Auch was die Altschulden der Kommunen angeht? Da müsste er doch eigentlich gar nichts machen. Das ist Sache der Länder.

Das Angebot von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, einen erheblichen Teil, vielleicht sogar die Hälfte dieser Schulden zu tilgen, ist bemerkenswert. Das wären etwa 20 Milliarden Euro. Damit hätten wir nicht gerechnet. Die Städte hatten deshalb zunächst auf eine Entlastung bei den Sozialausgaben hingearbeitet. Der Vorschlag des Ministeriums ist für uns gut, und er ist jetzt auch eine Herausforderung. Nicht alle Städte werden davon profitieren, denn nicht alle haben Kassenkredite, um die es geht. Dispo-Kredite, die für Privathaushalte insolvenz bedeuten würden.

Was sagen die Länder dazu?

Mir fehlt ein kraftvolles Signal der Länder, ein kraftvolles Signal aus Nordrhein-Westfalen, aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, deren Städte besonders betroffen sind. Die Haltung etwa des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet – wir lassen erst einmal den Bund machen, dann kommen wir mit eigenen Hilfen – das geht nicht. Wenn Dynamik in die Debatte kommen soll, dann müssen die Länder aus den Puschchen kommen und ebenfalls einen erheblichen Beitrag beisteuern.

Der Bund engagiert sich in den Braunkohlerevierern mit noch weit höherem Aufwand. Bleibt da für die anderen Städte überhaupt etwas übrig?

Das ist in der Tat die Sorge unter unseren Mitgliedsstädten. Dass nach diesen 40 Milliarden Euro, die der Bund im Zusammenhang mit der Kohle zugesagt hat, nichts mehr da ist. Doch wir nehmen dem Finanzminister bei den Altschulden beim Wort und appellieren an die Koalition, sich auf dieser Linie zu einigen. Gerade die Kohle-Beschlüsse zeigen, dass für ein Problem, das bestimmte strukturschwache Regionen betrifft, auch Lösungen im Konsens möglich sind. Hier gibt es eine starke Parallele zu den kommunalen Altschulden. Es geht ebenfalls um Strukturhilfen, und das Problem ist lösbar, wenn Bund, Länder und Kommunen mitmachen. Darauf setzen wir große Hoffnung.

Das Gespräch mit **Helmut Dedy** führte **Jasper von Altenbockum**.



„Die Länder müssen in die Puschchen kommen“: Helmut Dedy

Foto: Matthias Ludecke